Nr. 241. 37. Jahrg.

Abend-Ausgabe

20 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 25.50 Mk., monatl. 8.50 Mk. frei ins Haus, sofort zahlbar. Postbezug: Monatlich 8.— Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 15.— Mk., für das übrige Ausland bei täglich einmal. Zustellung 20.— M. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden, Tschecho-Slowakei und die Schweiz. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" mit der Sonntagsbeilage „Volk u. Zeit" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Nonpareillezeile kostet 2.50 M., Teuerungszuschlag 50%. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 75 Pfg. (zulässig zwei fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 50 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 65 Pfg., jedes weitere Wort 40 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 1.— Mk. die Zeile ohne Aufschlag. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 5 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Dienstag, den 11. Mai 1920

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Die neutrale Zone geräumt.

Und Frankfurt?

Berlin, 11. Mai. Gestern ist der Entente notifiziert worden, daß die überschießenden Truppen aus dem neutralen Gebiet zurückgezogen worden sind. Ein französischer Kontrolloffizier in Begleitung eines deutschen Offiziers hat sich in das neutrale Gebiet begeben, um die Richtigkeit dieser Erklärung nachzuprüfen.

•

München, 11. Mai. (TU.) Reichswehrminister Dr. Geßler erklärte den „Münch. N. N." zufolge, seit dem 10. Mai stände nur noch die vorgeschriebene Zahl von 20 Bataillonen, 10 Schwadronen und 2 Batterien in der neutralen Zone. Es werde nun ungesäumt von der Entente die Räumung Frankfurts und der übrigen Orte verlangt werden. Gerade im Hinblick auf die bevorstehenden Verhandlungen in Spa habe die Reichsregierung das größte Gewicht darauf gelegt, diese Truppen aus der neutralen Zone herauszunehmen.

Verbrecherliste der Entente.

Berlin, 11. Mai. In Verfolg der Zusicherung in ihrer Note vom 16. Februar eingehend und im einzelnen die Straftaten eines jeden, der eines Kriegsverbrechens verdächtigt wird, zu sammeln, zu veröffentlichen und der deutschen Regierung mitzuteilen, haben die Alliierten der Reichsregierung heute mit einer Note die erste Namensliste übersandt. Die Liste wird sofort dem Oberreichsanwalt übergeben und sobald die einzelnen öfters ungenau wiedergegebenen Namen identifiziert sind, veröffentlicht werden.

Dänemark gegen Schutz der Minderheiten.

Deutscher Vermittlungsvorschlag abgelehnt.

Berlin, 11. Mai. Amtlich. Der deutsche Gesandte in Kopenhagen hat dem dänischen Außenminister den Vorschlag gemacht, daß zwischen Deutschland und Dänemark ein Abkommen zum Schutze der gegenseitigen Minderheiten abgeschlossen wird. Der dänische Minister des Aeußeren hat diesen Vorschlag abgelehnt.

Deutsch-dänisches Handelsabkommen.

Kopenhagen, 11. Mai. Zwischen den dänischen Fischverkaufsgenossenschaften und den deutschen Behörden wurde ein Abkommen getroffen, wonach die dänische Fischausfuhr nach Deutschland teilweise wieder aufgenommen wird. Das Abkommen betrifft die Ausfuhr des diesjährigen Frühjahrsheringsfanges. Es bestimmt, daß Deutschland für die eine Hälfte des Betrages der Ausfuhr einen dreijährigen Kredit und für die andere Hälfte einen vierjährigen Kredit erhält. Deutschland verzinst den Betrag und stellt als Sicherheit deutsche Staatsschuldpapiere.

Bauernaufstand in Polen.

Kopenhagen, 11. Mai. Das hiesige weißruthenische Pressebureau meldet: Nach den letzten Nachrichten ist in Weißruthenien ein Bauernaufruhr ausgebrochen, der namentlich im Gouvernement Minsk verbreitet ist. Die Bauern erheben sich gegen die polnischen Gutsbesitzer und gegen die polnische Gendarmerie. Viele Gutsbesitzer sind geflüchtet. Das polnische Militär unterdrückt den Aufruhr mit grausamen Mitteln. U. a. hat die polnische Artillerie drei Dörfer vernichtet. Dieser Bauernaufruhr ist nicht auf bolschewistische Ideen zurückzuführen, er ist ein natürlicher Protest gegen die Politik, die Polen im besetzten Gebiet von Weißruthenien geführt hat.

Das Wahlergebnis in Graudenz.

Graudenz, 11. Mai. (Deutsch-Poln. Pressedienst.) Nach dem polnischen amtlichen Wahlergebnis im Wahlkreise Graudenz wurden 7 Polen und 4 Deutsche gewählt. Auf die Liste 2 (Vereinigung des deutschen Volkstums) fallen 4 Abgeordnete, von den polnischen Parteien erhielten die Nationale Arbeiterpartei (Liste 1) 5 Abgeordnete und der Nationale Volksverband (Liste 3) 2 Abgeordnete. Hinter der Liste 2 (Vereinigung des deutschen Volkstums) stehen 82 Proz. der deutschen Stimmen. Die Liste 4 (Deutsche Arbeitsgemeinschaft) konnte kein Mandat erringen.

Demokratische Wirtschaftspolitik.

System Gothein.

Jeder unserer Gegner hat eine Blöße, die er im Wahlkampf schamhaft mit einem Feigenblatt von Redensarten zu bedecken sucht. Bei der äußersten Rechten ist es die innere Politik, die Stellung zur Verfassung. Bei unseren Koalitionsgenossen vom Zentrum ist es die Kulturpolitik, bei den Gegnern auf unserer Linken ist es ihre ablehnende Haltung zur Demokratie. Was uns als Sozialdemokraten am meisten interessiert, die Wirtschaft und ihre Organisation, das gerade ist der wunde Punkt bei unseren anderen Koalitionsgenossen, den deutschen Demokraten.

Dies heute festzustellen, ist wichtiger als je. Der jüngst erfolgte Uebertritt einiger fortschrittlicher Ladenhüter zur Deutschen Volkspartei und die Abschiedskundgebung dieser Herren konnte zu einigen Mißverständnissen Anlaß geben. Die Rugdan, Wiemer und Genossen haben erklärt, das Quantum von Sozialismus, das die Deutsche demokratische Partei neuerdings verabreicht, übersteige ihre Kräfte. Einigen Außenseitern der demokratischen Presse bietet dies den willkommenen Anlaß, ihre von marxistischer Beimischung unverfälschte Spezialmarke von Sozialismus feilzubieten, in der Hoffnung, dieser, wie sie meinen, „wahre Sozialismus" werde der Demokratischen Partei die Schleusen öffnen, durch welche ihr die Wählermassen aus allen anderen Parteien zuströmen.

Wir wollen uns heute mit jenen „Gemeinwirtschaftlern" sachlich nicht streiten und dabei auch nicht untersuchen, in welchem sachlichen und ursächlichen Zusammenhang ihre konkreten Pläne und Vorschläge mit dem Programm unseres Genossen Wissel stehen. Wir wollen nur einmal unsererseits untersuchen, welchen Niederschlag diese angeblich gemeinwirtschaftlichen Ansätze in den offiziellen Auslassungen und den letzten Taten der Demokratischen Partei gefunden haben.

Der demokratische Wahlaufruf des gegenwärtigen Vorsitzenden Senator Dr. Petersen ist hierfür das nächstliegende Objekt. Dieser Wahlaufruf hat über alle Gebiete der inneren und äußeren Politik sowie der Kulturpolitik eine Menge zu sagen. Hinsichtlich der Wirtschaftspolitik beschränkt er sich jedoch in der Hauptsache auf folgende Sätze:

„Die Ertragsfähigkeit der Volkswirtschaft beruht auf der freien Entfaltung persönlicher Tüchtigkeit und schöpferischen Unternehmungsgeistes. Im Interesse des wirtschaftlichen Gedeihens des ganzen Volkes lehnen wir jede Wirtschaftsform ab, die diese wesentlichen Kräfte des Aufstiegs bureaukratisch einengt."

Das ist nun gerade das Gegenteil von Gemeinwirtschaft. Das ist der alte Geist individualistischen Händlertums, der gewiß zu seiner Zeit vor langen Jahrzehnten der volkswirtschaftlichen Entfaltung schätzenswerte Dienste geleistet hat, der aber längst vor dem Kriege durch die schöpferischen Kräfte der Wirtschaft selbst überwunden worden war. Kein Wunder, daß einige ehrliche Vertreter dieses versteinerten Glaubensbekenntnisses ihrer Großväter sich auch gegen private Kartelle, die natürliche Ausgeburt des freiwirtschaftlichen Systems und den ersten Ansatz bewußter Wirtschaftsregelung — zunächst im kapitalistischen Sinne — wenden. Das ist der Geist, der den Freisinn lange vor dem Kriege schon in seiner politischen Aktionsfähigkeit gelähmt hat, der Geist, gegen den ein Naumann Jahrzehnte seines Lebens in hoffnungslosem Kampf verbrauchen mußte. Aus diesem Geiste sind die sogenannten „Grundrechte" in der Verfassung entstanden, in denen allen Bürgern das Paradies auf Erden versprochen ist — ohne daß man freilich eine Instanz geschaffen hätte, bei der man diese Ansprüche einklagen könnte. Dies ist aber zugleich der Geist, der in unzähligen Reden und Aufsätzen des demokratischen Führers Gothein seine klarste Prägung gefunden hat, der mit Mitteln und Mittelchen im Sommer vergangenen Jahres gegen die Pläne des damaligen Reichswirtschaftsministers und jetzigen Reichstagskandidaten für Niederbarnim, Genossen Rudolf Wissell, Sturm lief und seitdem jeden Versuch bewußter Wirtschaftsregelung zu hintertreiben versucht hat. Dieser Geist hat fortgewirkt in den langen Verhandlungen über das Betriebsrätegesetz, wo dieselben Demokraten, die heute für das „volle soziale, politische und wirtschaftliche Recht der Arbeitnehmer" eintreten, sich auch die geringfügigsten Konzessionen nur mit äußerstem Widerwillen abringen ließen. Schließlich ist dies der Geist, der aus der geradezu unglaublichen Auslassung Gotheins über das Zustandekommen der Gewerkschaftsvereinbarung anläßlich der Beilegung des Generalstreiks spricht. Gothein bringt es fertig, hier bei dem wichtigen Punkt der Sozialisierung von Kohle und Kali in aller Oeffentlichkeit („Berliner Tageblatt" vom 3. April 1920 Nr. 153) zu erklären:

„Da wir Ziel und Zweck dieser Forderung nicht zu erkennen vermochten, hielten wir uns auch nicht gebunden, sie in unserer Fraktion nachdrücklich zu vertreten."

Und am Ende seiner Auslassungen meint er, um Deutschland den dringend notwendigen Frieden wiederzugeben, „haben wir geglaubt, in Worten nachgeben zu dürfen".

Deutschland und Sowjetrußland.

Keine deutsche Beteiligung an einer Offensive.

Ein Vertreter der unabhängigen „Leipziger Volkszeitung" hat den Reichsminister des Aeußeren, Genossen Dr. Köster, darüber befragt, ob die deutsche Regierung offiziell oder inoffiziell von dem anscheinend konzentrischen Vorgehen gegen Sowjetrußland Kenntnis habe, das jetzt mit der polnisch-ukrainischen Offensive begonnen hatte.

Genosse Dr. Köster erklärte:

„Die Reichsregierung ist weder offiziell noch inoffiziell von den etwa in Frage kommenden Regierungen oder von sonst irgend welchen maßgebenden Stellen über ein von diesen beabsichtigtes konzentrisches Vorgehen gegen Sowjetrußland unterrichtet worden. Wir haben auch keinerlei Nachrichten darüber, ob die Polen diesen Aufmarsch aus eigener Initiative unternommen haben oder ob sie sich dabei in Gemeinschaft mit dem einen oder dem anderen der russischen Randstaaten wissen."

Auf die weitere Frage, ob von seiten der Entente irgend welche Aufforderungen offizieller oder inoffizieller Art an die deutsche Regierung gerichtet worden seien, sich an diesem Unternehmen zu beteiligen und was die deutsche Regierung tun würde, wenn ein solches Ansuchen an sie gerichtet werden sollte, erwiderte der Minister: „Auch von seiten der Entente ist weder offiziell oder inoffiziell irgendeine Aufforderung an die deutsche Reichsregierung gerichtet worden, sich an einem Unternehmen gegen Sowjetrußland zu beteiligen. Wäre solche Aufforderung an uns gelangt, so hätte eigentlich niemand von vornherein sich im unklaren befinden können über die Haltung, die die Reichsregierung gegenüber einem derartigen Ersuchen einnehmen würde. Sie werden sich erinnern, daß damals, als bei uns angefragt wurde, ob Deutschland sich an einer Blockade gegen Sowjetrußland beteiligen würde, die Reichsregierung darauf verwies, daß sie es mit ihren Grundsätzen nicht für vereinbar halte, sich eines Mittels zu bedienen, unter dem das deutsche Volk selbst viele Jahre auf das Bitterste leiden mußte. Diese Erklärung gab die deutsche Regierung nicht nur ab, weil sie fest entschlossen ist, die Gesetze der Menschlichkeit zu achten, vielmehr und vor allem auch darum, weil sie unter allen Umständen sich zu dem Grundsatz bekennt, daß jedes Volk seine inneren Angelegenheiten selbständig zu erledigen hat. Ebenso wenig wie das deutsche Volk wünscht, daß ausländische Machtfaktoren auf seine innere Entwicklung Einfluß nehmen, ebenso wenig beabsichtigt die deutsche Regierung auch nur das geringste zu tun, was das russische Volk als eine Mitbeeinflussung seines Schicksals empfinden könnte."

Auf die weitere Frage über die Beteiligung unverantwortlicher militärischer und politischer deutscher Kreise an diesem Unternehmen gegen Sowjetrußland erklärte Dr. Köster, daß nach den vorliegenden Meldungen keine auch nur halbwegs ernstzunehmende Stelle mit diesem Vorgehen in Verbindung stehe. Gegen irgendwelche Versuche von Abenteurern würde unverzüglich eingeschritten werden.

Die Wahlparole des Zentrums.

„Der Feind steht rechts und links."

Die „Germania" veröffentlicht in ihrer heutigen Nummer einen interessanten Spitzartikel über die wahltaktische Haltung des Zentrums. Die Wahlparole wird dort mit folgenden Worten festgelegt:

Die Sozialdemokraten haben die Parole ausgegeben: „Der Feind steht rechts" und die Rechtsparteien antworten mit dem Kampfruf: „Der Feind steht links." Nicht ganz so einfach ist die Stellung der Mittelparteien, für die die Parole nur lauten kann: „Der Feind steht rechts und links."

In ihrem Kampf gegen links sieht die Zentrumspartei ihr vornehmstes Ziel darin, eine sozialdemokratische Mehrheit im künftigen Reichstag zu verhindern, die von der „Germania" als ein „Unglück" bezeichnet wird, weil sie die Gefahr einer „einseitigen Klassenherrschaft" heraufbeschwöre. Die Zentrumspartei will sich deshalb in erster Linie gegen die „radikale linke Opposition" wenden, aber auch gegen die Mehrheitssozialdemokratie, von der gesagt wird:

Es wäre gewiß verkehrt, den Kampf gegen sie etwa in Rücksicht auf die bisherige Zusammenarbeit mit dem Zentrum zu vernachlässigen und zu versäumen, den prinzipiellen Gegensatz zwischen den beiden Parteien mit aller Klarheit bei der Wahl herauszuarbeiten.

Das gilt mit entsprechender Umstellung auch von unserer Haltung gegenüber dem Zentrum. — Gegen die Deutschnationalen predigt die „Germania" energischen Kampf, da auch jene die Errichtung einer einseitigen Herrschaft erstreben und hierbei immer radikaler werden. Der „Deutschen Volkspartei" solle das Zentrum „volle Aufmerksamkeit" schenken, da man bei dem Uebertritt neuer Kräfte von rechts und links überhaupt nicht wissen könnte, welche Richtung in ihr die Oberhand gewinnen wird.

Natürlich betrachtet die „Germania" die Existenz des Zentrums selber in möglichster Stärke als eine Staatsnotwendigkeit, worüber wir anderer Meinung sind. In den Schlußworten des Artikels gelangt eine gewisse Unruhe wegen der Spaltungsbestrebungen im Zentrum zum Ausdruck.

Das ist ein Verfahren, das sich nur aus einer bis zum Fanatismus gesteigerten manchester-doktrinären Auffassung erklären, aber nicht entschuldigen läßt.

Wie die Worte, so die Taten des Systems Gothein. Unverändert hielt Herr Gothein, wie viele seiner Parteifreunde, an der Freihandelslehre fest, obwohl die verzweifelte Lage der Valuta ihre absolute Unmöglichkeit bewiesen hat. Noch heute wissen maßgebende Führer der Demokratischen Partei keinen Unterschied zwischen Zwangswirtschaft und öffentlicher, selbstverwaltender Bewirtschaftung. Mit großer Mühe nur konnten unsere Genossen verhindern, daß die Leimbewirtschaftung im April aufgehoben und auf diese Weise dem Scheidemandel-Konzern ungeheure neue Summen an Gewinnen zugeführt wurden. Ebenso verhielten sich die Demokraten gegenüber der Teer- und der Torfwirtschaft, nicht anders auch bei der Eisenwirtschaft. Hier stimmten die Demokraten zusammen mit der Rechten und dem schwerindustriell beeinflußten Teil des Zentrums die vom Reichswirtschaftsminister vorgeschlagene Regelung im Dezember 1919 nieder, und Ende März, nachdem die Schwerindustrie Unsummen eingesteckt und die ganze Volkswirtschaft in die schwerste Zerrüttung gebracht hatte, war es wieder Herr Gothein, der die Schwerindustrie im Parlament und in der Oeffentlichkeit bis zum letzten Moment geschützt hat. Wir sind weit davon entfernt, anzunehmen, daß das aus persönlichem Interesse erfolgt ist. Herr Gotheim ist in politischen Fragen zum Unterschied von manchen seiner Parteigenossen ein zuverlässiger Demokrat, in wirtschaftlicher aber ein unbelehrbar starrer Freihandelsapostel. Um so mehr beweist diese Haltung der Gotheim-Demokraten, daß eine Klärung der Anschauungen innerhalb der Partei in den wichtigsten Wirtschaftsfragen noch nicht erfolgt, ja vielleicht sogar unerwünscht ist, da man durch die Vertuschung der Gegensätze sowohl die Produktions- wie die Handelsinteressen vertreten zu können hofft. Eine solche Partei aber ist zu praktischer wirtschaftspolitischer Arbeit unfähig.

An der Spitze der Berliner demokratischen Wahlliste steht als Nachfolger des verstorbenen Friedrich Naumann Herr Carl Friedrich von Siemens. Vielleicht soll dieser Name den Systemwechsel in der wirtschaftlichen Auffassung zum Ausdruck bringen, von dem weder Taten noch Worte bisher etwas haben verspüren lassen. Wir haben gewiß keinen Grund, für einen Vertreter des Großunternehmertums Propaganda zu machen. Politische Ehrlichkeit aber zwingt uns, zu erklären, daß tatsächlich das Unternehmertum mancher Gewerbezweige bedeutend mehr Verständnis für die Forderungen der gegenwärtigen Wirtschaftslage gezeigt hat als das bisher bei den Demokraten herrschende Händlertum. Zweifellos ist das mit auf ihre persönliche Berührung und sachliche Zusammenarbeit mit den Vertretern des Sozialismus in den Arbeitsgemeinschaften zurückzuführen. Und wir können uns vorstellen, daß eine bürgerliche Partei mit politisch freien Anschauungen auch ihrerseits auf das Unternehmertum eine günstige Rückwirkung zeitigen könnte. Dann aber muß zuerst ein für allemal Schluß gemacht werden mit dem System Gothein. Man wird erst an den künftigen parlamentarischen Taten sehen können, ob die zeitweiligen Spaziergänge der demokratischen Presse ins Reich der Gemeinwirtschaft der Anfang einer zielbewußten Politik ihrer Partei sind. Dafür aber besteht keine Aussicht, nachdem man dieselben Männer, die früher die organisierte Wirtschaft bekämpft haben, schon wieder mit Reichstagskandidaturen betraut hat.

Die Wähler müssen es sich überlegen, ob sie sich für eine vierjährige Reise einem Schiff anvertrauen wollen, dessen Ziel man nicht kennt.

Jammer um das Legalitätsprinzip.

Gegen wen wurde es verletzt?

In der „Deutschen Zeitung" erhebt ein Rechtsanwalt Ernst Böttger einen lauten Klageruf wegen der Verfügung des Justizministers Blunck, der bekanntlich angeordnet hat, daß die Staatsanwaltschaft nicht gegen diejenigen einzuschreiten habe, die im März die Waffen ergriffen hätten, in der Ueberzeugung, damit die verfassungsmäßige Regierung gegen den Putsch der Kapp und Lüttwitz zu schützen. Herr Böttger sieht darin eine Verletzung des geltenden Legalitätsprinzips, wonach die Staatsanwaltschaft verpflichtet ist, gegen alle ihr zu Ohren kommenden strafbaren Handlungen einzuschreiten.

Tatsächlich liegt hier keine Verletzung des Legalitätsprinzips vor, weil kein Verbrechen vorhanden ist. Denn wer für die rechtmäßige Regierung gegen Meuterer kämpft, übt in solchen Augenblicken einen Akt staatsrechtlicher Notwehr aus. Der Blunckſche Erlaß verhindert nur die Einleitung ungerechtfertigter und überflüssiger Anklagen, deren Motiv nur politische Rachsucht reaktionär gerichteter Staatsanwälte sein könnte.

Wir erinnern uns aber allerdings an Fälle, wo bedenklich vom Legalitätsprinzip abgewichen worden ist, ohne daß damals freilich die „Deutsche Zeitung" den geringsten Einspruch erhoben hätte. Als im Herbst v. J. die Baltikumer in offener Meuterei sich weigerten, den Anordnungen der Regierung Folge zu leisten, da wurde ihnen beim Zusammenbruch ihres Abenteuers durch den Admiral Hopmann als Regierungskommissar Straflosigkeit zugesagt. Wir haben damals darauf hingewiesen, daß dieses Versprechen rechtsunwirksam war, weil nach der Reichsverfassung Amnestien nur durch Beschluß der Nationalversammlung erfolgen können. Die Straflosigkeit wurde damals sogar auf den Meuterer Roßbach ausgedehnt, der entgegen ausdrücklichen Befehlen, mit bewaffneter Gewalt sich Bahn brechend, aus einer deutschen Garnison mit seinem Detachement nach dem Baltikum abmarschierte und — dort angelangt — einen Befehl erließ, der eine offene Verhöhnung der Regierung darstellte.

Auch gegen die Meuterer vom 13. März ist das Legalitätsprinzip nicht voll angewendet worden, da man bloß die Führer der meuterischen Truppen zur Verantwortung ziehen will. Strafbar gemacht haben sich aber alle, die überhaupt an der Meuterei teilgenommen haben, denn kein Soldat darf dem Befehl zu einem Verbrechen Folge leisten. Nach strengem Recht muß z. B. jeder Angehörige der Marinebrigade Ehrhardt wegen Hochverrats und Meuterei unter Anklage gestellt werden.

Wenn es der „Deutschen Zeitung" und Herrn Rechtsanwalt Böttiger wirklich um die strenge Aufrechterhaltung des Legalitätsprinzips zu tun wäre, so müßten sie in erster Linie dagegen Widerspruch erheben, daß es bei diesen wirklich vorliegenden Verbrechen nicht volle Anwendung gefunden hat. Daß sie aber gerade hier schweigen, wo wirkliche Straftaten begangen worden sind, dagegen über seine Verletzung jammern, wo gar nichts Strafbares begangen wurde, beweist deutlich, daß ihr Geschrei nicht dem gekränkten Rechtsgefühl, sondern blinder Parteileidenschaft entspringt, die durch Rechtsverdrehung und mit Hilfe reaktionärer Klassenjustiz an dem politischen Gegner ihr Mütchen kühlen möchte.

Von Ebert bis Stresemann und Kardorff.

Muß das deutsche Bürgertum untergehen?

Ueber dieses Thema sprach gestern abend Geheimer Regierungsrat Georg Cleinow. Er wies auf die Illusionen hin, in denen sich das Bürgertum wiege, und stellte ihnen die Kraft als die Parole des Lebens gegenüber. Herr Cleinow behauptete, daß wir in Deutschland auf geradem Wege dem russischen Kommunismus zustreben und vor einer Hungersnot ständen. Hinsichtlich der monarchischen Frage hält es Herr Cleinow für taktisch besser, diese noch zurückzustellen. Die Politik der heutigen Mehrheitsregierung glaubte er als „Angstpolitik" bezeichnen zu müssen. Schließlich forderte er Rücksichtnahme auf die schwer verletzten Gefühle der rechtsstehenden Volksgenossen und Bildung einer großen Aufbaupartei — von Ebert bis Stresemann und Kardorff.

Wir haben über diese neue Parteigründung, deren Vorsitz Herr Cleinow wahrscheinlich zu übernehmen sich huldvollst bereit erklären würde, mit dem Genossen Ebert noch nicht gesprochen. Wir können aber schon heute versichern, daß er aus den Reihen der Sozialdemokratie nicht ein einziges Mitglied für diese neue Partei erhalten würde. Orientiert sich das Bürgertum in dem von Herrn Cleinow angegebenen Sinne, dann allerdings möchten wir die in der Ueberschrift gestellte Frage aus vollem Herzen bejahen!

Allerhand zum Nachdenken.

Mit diesen „nachdenklichen" Worten wird nicht etwa eine Rätselecke eingeleitet, sondern diese Ueberschrift trägt vielmehr ein deutschnationales Flugblatt, das in Berlin und Vororten in großen Massen verbreitet wird. Es enthält in geistloser Weise eine Zusammenstellung von Aeußerungen von Parteigenossen, aus denen auf die schwere Schuld der Novemberrevolution geschlossen wird. Besonderen Eindruck sollen folgende Worte des Genossen Scheidemann machen:

„Es ist falsch, wenn man heute alles, was vor dem 9. November lag, als schlecht und reformbedürftig bezeichnen wollte. Wir hatten ein vorbildliches Post- und Eisenbahnwesen, wir hatten eine unbestechliche Beamtenschaft, wir hatten Arbeitsfreudigkeit im ganzen Volke."

Wir versichern die deutschnationalen Flugblattschreiber, daß Scheidemann mit dieser Ansicht nicht allein steht, sondern daß sie in der Sozialdemokratie die durchgehend herrschende ist. Eine niederträchtige Lüge aber ist es, wenn unsere Monarchisten es so hinzustellen suchen, als habe die Revolution diese Einrichtungen zerstört. Die vernichtenden Wirkungen des Krieges, in dessen Dienste der gesamte Verkehr gestellt wurde, auf die Verkehrsmittel zu übersehen, kann einzig und allein einem deutschnationalen Agitator unterlaufen. Die gleiche Arbeitsfreudigkeit aber werden wir nur dann wiedergewinnen, wenn sie nicht einem arbeitsbereiten Volke von einer kriegshetzerischen und volksfeindlichen Clique durch Arbeitszwang und Ausbeutung verekelt wird, sondern wenn das Volk die Bestimmung seiner selbst erhält und die Arbeit nicht mehr im Dienst einer privilegierten Schicht verrichtet. Zu diesem Erfolge aber soll uns der 6. Juni verhelfen!

Wie im Munsterlager gehetzt wird.

Ehrhardtsche Schimpftöne.

Das nachstehende Zirkular gelangte vor wenigen Tagen im Munsterlager zur Verlesung. Jeder Kommentar erübrigt sich.

1. Es würde ein gemeines und infames Verbrechen sein, wenn man die höheren Schüler und Zeitfreiwilligen von der Reichswehr ausschließen würde, denn nur diese allein haben sich bewährt, die Ruhe aufrechtzuerhalten und namentlich in den letzten 18 Monaten die Reichsregierung gestützt.

2. Eine Regierung, welche die höheren Schüler und die Zeitfreiwilligen von der Reichswehr ausschließt, begeht damit das gemeinste Verbrechen gegen das Vaterland. Nur eine Regierung, welche aus Zuchthäuslern und Verbrechern bestehen würde, wäre zu solchen Handlungen fähig.

3. Sollte die Regierung die größte Schwäche zeigen, sich durch die Gewerkschaften drängen zu lassen, deren unverschämte, verbrecherische Forderungen zu erfüllen, dann würde das deutsche Vaterland nur durch einen Putsch von rechts zu retten sein.

4. Jeder anständige und ehrliche Mensch wird zugeben, daß in den Arbeiterkreisen nur noch ein kleiner Prozentsatz zu zählen ist, welcher zu den anständigen Menschen gezählt werden kann, während ein recht hoher Prozentsatz, wie das die Verhältnisse im Ruhrgebiet bewiesen haben, doch zu dem Abschaum der Menschheit und zu den Zuchthäuslern gehört.

5. Nur Verbrecher und ehrlose Halunken werden es nicht einsehen wollen, daß die linken Parteien durch ihr jetziges Verhalten

Die Linotype-Maschine.

Von Hans Natonek.

Ich stehe an einer Zeitungssetzmaschine und sehe zu, wie der Mann das Gerippe der Zeitung aus flüssigem Blei gießt.

Und ich denke: Wann wieder ist die Zeitung so heiß wie jetzt? Jetzt glüht jede Zeile.

Ich höre die Matrizen rauschen wie das Rieseln eines Wassers und sehe sie in beständigem Kreislauf fließen, von oben nach unten, von unten nach oben.

Der Setzer erklärt es mir, und ich sage: „Genau wie Ihr Blut," und er nickt.

Er wirft in den Gießkessel, in dem das flüssige Metall brodelt, eine Handvoll Bleizeilen. Bleizeilen, auf denen in feiner Schrift etwas gemischelt steht. Ich nehme ihm rasch eine Zeile aus der Hand und lese: „. . . unauslöschliches Schandmal Frankreichs für ewige Zeiten . . ." Und ich denke: Wer das wohl geschrieben hat? Und an was er wohl gedacht hat, als er es schrieb? Vielleicht an den Abendschoppen; vielleicht an Skat; vielleicht, wie er Geld ins Haus bringt für Frau und Kinder; vielleicht an das Glück, ein stiller, anständiger Mensch zu sein . . .

Und ich lasse die Zeile in den Gießkessel sinken. Sie krümmt sich in der Glut des flüssigen Metalls und fließt dahin „. . . für ewige Zeiten . . ." Ich möchte gerne wissen, welche Zeile jetzt aus dieser Zeile wird, und was einst aus dieser, und so fort in alle grausige Ewigkeit . . .

Ich fühle, wie der Augenblick dieser Maschine meine Augen weit aufreißt. Die ewige Zwecklosigkeit des Getriebes, dieses so lange dumpf und altdruckhaft gefühlte Drauflosgaloppieren von Vergänglichkeit zu Vergänglichkeit, von Verwesung zu Verwesung, von Morgenblatt zu Morgenblatt: hier weht es mich an, hier steht es körperhaft vor mir.

„Und die Zeile, die ich da hineinwarf, war früher eine andere und ist jetzt eine neue Zeile geworden? Und vielleicht stand einmal auf ihr: . . . Die deutsch-französische Annäherung ist ein bleibendes Unterpfand für das nachbarliche Zusammenleben . . ."

„Das mag schon sein."

O ewiges Chaos.

„Unsereins macht sich dabei keine Gedanken. Was die Herren da vorne schreiben, wird heruntergesetzt und nachher wieder eingeschmolzen. Davon lebt unsereins und die Familie."

Ich liebte mir dafür das Ewig-Leere.

Die Arbeit im Elternbeirat. Aller Anfang ist schwer. Erst muß das Tappen im Dunkeln erfahren haben, was Straucheln und Stoßen heißt, ehe die Augen ein Dämmern spüren, in dem ein Zurechtfinden möglich wird. Da ist eine gutführende Hand willkommen. So darf man denn gewiß sein, daß die Ratschläge und Anregungen, die Genosse Dr. Rich. Lohmann jetzt in seiner vom Verlag der Buchhandlung Vorwärts veröffentlichten Schrift „Die Arbeit im Elternbeirat" erteilt, Dank ernten werden. Denn was sozialdemokratische Elternbeiräte eigentlich zu leisten haben und wie Bedeutendes sie in ihrem engen Kreise wirken können, ist manchem der Erwählten nicht ohne weiteres klar. Die Schrift Lohmanns aber faßt ihren Stoff mit so sicherem Griff an, daß sie wohl überall als ein tüchtiger Nothelfer empfunden werden wird. Ihre dreißig Seiten heben den Wert eines guten Buches, und als Leitfaden schulpädagogischer Volkspraxis stellt sie eine wesentliche Bereicherung unserer sozialdemokratischen Literatur über Erziehung dar. Sie kann dem Tasten der Elternbeiräte ein festes Schreiten vermitteln, denn sie zeigt der Arbeit dieser Erwählten, in welchen Grenzen, durch welches Tun und aus welchem Geiste sie allein fruchtbar wirken kann. Elternbeiratswerk ist Werk aller Eltern. Es bedeutet den Anbau eines neuen, demokratischen Verhältnisses von Volk und Schule, und das wird von Lohmann mit dem Wissen und Wollen des Praktikers, der die Möglichkeiten ertragsicheren Schaffens kennt, entwickelt. Sein Aktionsführer der Schulreformarbeit, die von den Eltern und ihren Räten geleistet werden kann, gehört also durchaus und schnell in jedermanns Hand. Es geht um unserer Kinder Gesundung an Körper und Geist. zd.

Unsauberes aus dem Berliner Buchhandel. Bekannte Ursachen bewirkten eine Verteuerung des Buches, die in den letzten Monaten bedenklich geworden ist. Ein guter Roman von durchschnittlichem Umfang ist gebunden kaum unter 15 bis 20 M. zu haben; dann ist das Papier noch schlecht und der Einband aus Pappe. Trotzdem werden aber Bücher ernsteren Inhalts sehr stark gekauft, und da die Auflageziffern infolge der Papierknappheit gering sind, sind viele Ausgaben oft monatelang vergriffen. (Nur für eine Flut blöder oder lüsterner Modezeitschriften ist stets genügend gutes Papier vorhanden.)

Nun ist dem Buchhandel ja der große Umsatz und rege Verdienst gern zu gönnen, obschon die oft lächerlich geringen Gehälter der Angestellten nicht gerade vom sozialen Gewissen der Inhaber Zeugnis ablegen. Leider macht sich aber seit ein paar Monaten in wachsendem Maße ein unanständiges Gebaren selbst bei vornehmen Buchhandlungen bemerkbar, das sich allmählich als ein System kundtut, das nicht scharf genug bekämpft werden kann. Man kauft heute ein Buch in drei Geschäften zu drei verschiedenen Preisen, und es ist hier nicht etwa von seltenen oder vergriffenen oder gesuchten Ausgaben die Rede, sondern von Werken, die allgemein im Handel sind. Sinclairs „Demian" sah ich für 9,50 und für 11,50 M.; den „Heiligenhof" von Sieht für 21 und für 29 M. am gleichen Tage (alle Preise ohne Zuschlag). Nun werden die Buchhändler behaupten, es handle sich um verschiedene Lieferungen. Wäre es nur an dem! Aber die Buchhändler scheinen Gefallen gefunden zu haben am Konkurrenzgeschäft. Hat einer erkundet, daß ein Buch bei der (stets schlechter gebundenen) Neuauflage etwa 10 M. mehr kostet, so werden die Preise auf den noch vorhandenen alten Exemplaren rasch umgezeichnet. Daß dies nicht Vereinbarung ist, geht daraus hervor daß diese Unsitte nicht überall angetroffen wird!

Aber selbst dies genügt den Betriebsamen nicht. Eine Reihe von Buchhandlungen, deren Ruf solche Machenschaften nicht verstehen läßt, gibt dem Käufer, der den im Buche vermerkten Preis liest, im Augenblick, da er zum Kaufe entschlossen ist, plötzlich an, der Preis sei falsch, nicht mehr gültig und betrage jetzt . . . ja, oft geradezu das Doppelte. Eine Kunst-Ausgabe (Insel) kostete pro Band 12 M. beim Ansehen, 24 M., wenn man sie erstehen wollte; eine vollständige Schiller-Ausgabe etwa 130 M. im einen, 260 im zweiten Augenblick.

Dagegen muß Verwahrung eingelegt werden. Diese Spekulation ist unrein und sollte von einem Stande, der bisher kaufmännisch vornehme Tätigkeit übte, selbst ausgerottet werden. Es handelt sich nicht um Vergeßlichkeit. Diese Bücher liegen eben von früher und wurden vom Verleger billiger geliefert. Den Kauf vorzuenthalten, ist moralisch unsauber und juristisch unstatthaft. Weil aber die Mehrzahl der Käufer klein beigibt und lieber vom Kaufe absieht, als ihr Recht vertritt, soll auf diesen Mißstand energisch hingewiesen werden, einmal, um ihm zu steuern, sodann, um die Käufer zu warnen. hso.

Ein neuer Ermüdungsmesser. Zur Diagnose der Ermüdung nach Muskelarbeit hat Ernst Bregina einen neuen Apparat konstruiert, über den er im „Archiv für Hygiene" berichtet. Der Palmograph besteht aus einem viereckigen Holzrahmen mit einem durch die Mitte gezogenen Querholz, in dessen Mittelpunkt sich ein kleines Loch befindet. Vor diesem Loch hängt ein Ring, der durch Spiralfedern an den vier Ecken des Holzrahmens befestigt ist. Die Versuchsperson muß nun versuchen, mit einem Stift durch den Ring zu treffen. Gelingt ihr dies nicht, so bewegt sich der Ring entweder nach der Seite oder nach oben oder nach unten, wobei die Bewegungen durch einen angebrachten Schreibhebel genau aufgezeichnet werden. Bei den Versuchen, die Bregina an geistig arbeitenden Personen sowie an Handarbeitern mit dem Apparat anstellte, ergab sich, daß geradlinige Handbewegungen niemals ganz korrekt ausgeführt werden. Wenn die Hand oder andere Muskelgruppen des Körpers der Versuchsperson vorher körperliche Arbeiten ausgeführt haben, so wird dadurch eine Größenzunahme der Abweichungen hervorgerufen. Wer jahrelang berufsmäßig schwere körperliche Arbeit ausführt, büßt dadurch mehr und mehr die Fähigkeit ein, die geradlinigen Bewegungen auszuführen. Auch durch zeitweilig ausgeführte Arbeiten wird eine Abweichung hervorgerufen; sie verschwindet aber nach Ruhe alsbald wieder.

Armin T. Wegner wird am 18. Mai im „Rheingold" für die Deutsch-Armenische Gesellschaft unter dem Titel „Armenien in der Dichtung" armenische Dichtungen in deutscher Sprache, sowie eigene Dichtungen lesen. Unsere Leser wissen, daß Wegner während des Krieges als Sanitätssoldat im Euphratgebiet das armenische Volk in seinen furchtbaren Leiden sah. Sein tiefmenschliches Buch „Der Weg ohne Heimkehr" bezeugt die Wirkung, die dies Erleben auf ihn ausübte. (Karten bei Wertheim.)

lediglich die Reichstagswahlen unmöglich machen wollen.

6. Jeder Deutsche, der nicht ganz verblendet und dem Idiotentum verfallen ist, kann doch heute schon klar genug übersehen, daß die Reichsregierung gar nicht das ernstliche Bestreben hat, die Reichstagswahlen zustande zu bringen, sondern, daß es ihr anscheinend viel lieber ist, wenn die Regierung, sei es mit oder ohne Revolution, den Radikalen in die Hände gespielt wird.

7. Sollten die radikalen, linksstehenden Elemente und sonstigen Verbrecher mit einem neuen Streik zur Erpressung politischer Rechte drohen und die Reichsregierung die Gemeinheit begehen, einem solchen Gesindel nachzugeben, dann ist den deutschen Landwirten zu raten, ebenfalls in einen Streik einzutreten und es abzulehnen, an eine Stadtverwaltung Waren abzugeben, dahingegen aber den einzelnen Bürgern, welche sich noch zu den anständigen Menschen zählen und mit den Landwirten Hand in Hand gehen, Waren zu liefern.

8. Als ein gemeines Verbrechen muß es angesehen werden, wenn man den Reichswehrtruppen vorschreibt, die Rotgardisten, Kommunisten, russischen Juden und ähnlichen Pöbel festzunehmen. Vorstehende Elemente gehören nicht mehr zu der Menschheit, sondern sind nur noch zum Vieh zu zählen und sollte man einen derartigen Mob doch einfach niedermähen lassen als Gefangene zu machen. Früher oder später wird ja doch dieser Pöbel immer die Verbrecherbahn wieder betreten.

Polnische Sozialpolitik.

Arbeiter zu Knutenhieben verurteilt!

Von gut informierter Seite erhalten wir folgende Mitteilungen:

Der neugeschaffene polnische Staat befindet sich in einem Kampf auf Leben und Tod. Es ist ohne weiteres anzunehmen, daß die Herausforderung des gesamten Russentums — und als eine solche wird der Vorstoß gegen die Bolschewisten in der Ukraine angesehen werden — nicht ohne weitere schwere Folgen für Polen bleiben wird. Während so an der polnischen Ostfront eine Zeit schwerster Verwickelungen bevorsteht, sollte man annehmen, daß die Polen wenigstens im Westen ihres neuen Staates gemäß den Bestimmungen des Friedensvertrages den Deutschen volle Gleichberechtigung und Gerechtigkeit widerfahren lassen. Aber weit gefehlt. Der polnische Imperialismus scheut sich auch hier nicht, die Rechte der nationalen Minderheit zu verletzen. Die soeben vorgenommenen Wahlen in Pommerellen haben ja mit aller Deutlichkeit gezeigt, wie stark das Deutschtum trotz allen Gegendrucks daselbst ist; trotz aller Polonisierungsmaßnahmen hat die Stadt Graudenz eine deutsche Zweidrittelmehrheit aufgewiesen. In den abgetretenen Gebieten Westpreußens und Posens sind die maßgebenden Träger der Selbstverwaltung größtenteils, trotzdem sie das Vertrauen der Mehrheit der Bevölkerung besaßen, hinweggefegt und durch landfremde polnische Männer ersetzt worden.

Die polnischen Machthaber weisen einen erschreckenden Mangel an sozialem Verständnis auf. Sie suchen nicht nur der Arbeiterbewegung, vor allem den Gewerkschaften, durch allerhand schikanöse polizeiliche Vorschriften Schwierigkeiten zu bereiten, sondern nehmen auch vielfach direkt für die Arbeitgeber Partei. Ihre Maßnahmen gegen Landarbeiter, die bessere Lebensbedingungen zu erlangen suchen, erinnern vielfach an die Methoden der Leibeigenschaft. So wurden z. B. im Kreise Löbau i. Westpr. streikende Landarbeiter, die eine geringe Lohnerhöhung gefordert hatten, zu je 25 Knutenhieben verurteilt und gezwungen, den Rittergutsbesitzer auf den Knien um Wiedereinstellung zu bitten! Der Mangel an sozialem Verständnis wird im besonderen Maße durch die Posener Krawalle am 26. April illustriert. Angesichts der sich ständig verschlechternden Lebensverhältnisse hatte die polnische Regierung den Eisenbahnern in Posen eine 60prozentige Lohnzulage bewilligt, die aber vom 1. April d. J. an wieder in Abzug gebracht werden sollte. Infolgedessen bemächtigte sich der Eisenbahner eine gewaltige Erregung, die angesichts der Anwesenheit des zuständigen Ressortministers im Posener Schlosse zu schweren Zusammenstößen mit den Truppen führte, bei der es eine größere Reihe von Toten und Verwundeten gab. Der Bevölkerung der Abstimmungsgebiete Oberschlesiens, Masurens und Westpreußens dürften die angeführten Tatsachen deutlich zeigen, was das neue Polen ihnen zu bieten hätte.

Der verschärfte Belagerungszustand ist auch in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Arnsberg und Münster durch Verordnung des Reichspräsidenten auf Grund des Artikels 48, 2 der Reichsverfassung aufgehoben worden.

Die Errichtung eines Reichsamts für Arbeitsvermittlung ist von der Reichsregierung unter Zustimmung des Reichsrats und des von der Nationalversammlung gewählten Ausschusses beschlossen worden.

Die Revolution in Mexiko. Bei Oelfirmen in Houston ist die Nachricht eingetroffen, daß die mexikanische Stadt Tampico sich dem General Obregon übergeben hat.

An der Schwelle der Gegenwart war die letzte Vormittagsveranstaltung im Staatstheater genannt. Julius Bab, der den Ueberblick über den organischen Zusammenhang von sozialem und geistesgeschichtlichem Ausbau der deutschen Dichtkunst gab, nannte Hebbel den ersten Proletarier der Kunst, der nicht nur in geistigen, sondern auch körperlichen Nöten in bitterster Armut Kämpfer war, und der ein Sieger wurde, weil er eine krafterfüllte Einigkeit von Realität und Sehnsucht bildete. Nach Hebbel und während der Jahrzehnte, da Hebbel selbst fast vergessen schien, kam die philiströse Literatur zur Blüte, die die Wichtigtuerei des Geldsackbürgers, der ohne geistiges Streben im Alltag verharrte, mit verblüffender Genauigkeit wiedergab. Mit Richard Dehmel und Gerhart Hauptmann erscholl Anfang der neunziger Jahre der Weckruf aufgescheuchten Gewissens und leitete eine neue, innerlich noch nicht abgeschlossene, formal noch schwankende Dichtkunst ein, die die Menschen aufrief, Menschen zu werden, nicht nur Mensch zu sein.

Aus dem sehr reichhaltigen Programm sei Tilla Durieux' in geistiger und körperlicher Beseelung vollendete Wiedergabe der Traumerzählung der Judith erwähnt. Ludwig Hardt sprach Nietzsche, Dehmel und Liliencron. Nietzsche sprach er sehr zurückhaltend, etwas nervös, ohne daß man sonderlich bewegt wurde. Da die Zeit drängte (man wollte noch eine Szene aus Hauptmanns „Hirtenlied", Fontane und Wilhelm Busch zu Gehör bringen), hemmte eine bureaukratische Hand Ludwig Hardt schließlich am Weitersprechen: man zog wider seinen Willen den Vorhang vor. War eine Kürzung vonnöten, hätte man lieber den sogen. Gesang vermißt, der Wagner und Richard Strauß nahezuführen versuchte.

Die Beethoven-Abende des Berliner Volkschors, die durch den Kapp-Putsch verhindert wurden, finden nunmehr am 17. und 18. Mai, abends 8 Uhr im großen Saale der „Neuen Welt", Hasenheide, statt. Die für den 15. März gelösten Karten gelten für den 17. Mai, die den 16. März gelösten für den 18. Mai.

Zur Aufführung gelangen: Die Ruinen von Athen und die IX. Symphonie. Mitwirkende: Das Blüthner-Orchester in einer Stärke von 80 Mann unter Leitung von Dr. Ernst Zander. Soli: Frau Thanner-Otter, Ida Harth zur Nieden, Rudolf Laubenthal, Martin Abendroth (Breslauer Stadtoper). Sämtliche Karten sind vergriffen.

Theater. Volksbühne. In Abänderung des Spielplanes Donnerstag, 13. Mai, 8 Uhr: „Der Liebestrank"; 7 Uhr „Das Käthchen von Heilbronn"; Freitag, 14. Mai, 7½ Uhr, zum 25. Male: „Gyges und sein Ring". — Die Neuheit „Prinzessin Friedel", mit der das Neue Operettenhaus seine Sommerspielzeit eröffnet, ist von Leo Ascher komponiert.

Die Ausstellung der Briefmarken-Entwürfe im Kunstgewerbe-Museum ist bis zum 15. Mai verlängert worden. Auch die Entwürfe der neuen bayerischen Postwertzeichen liegen jetzt aus.

Max Seliger, der fast zwei Jahrzehnte lang die staatliche Akademie für graphische Künste und Buchgewerbe in Leipzig höchst verdienstvoll leitete, ist, 55 Jahre alt, gestorben.

Olshausens Sammlung vorgeschichtlicher Funde aus Friesland ist durch Stiftung an das Berliner Museum für Völkerkunde übergegangen. Olshausen hat die höchst wertvollen Stücke seinerzeit in den achtziger Jahren auf der friesischen Insel Amrum selbst ausgegraben, aus Grabhügeln der älteren Bronzezeit, die dann in der Latène-Zeit endlich auch von den Wikingern, die noch in geschichtlicher Zeit an der Leichenverbrennung festhielten, wieder benutzt wurden.

Groß-Berlin

Die Neuköllner Polizeipräsidentenaffäre.

Der Neuköllner Polizeipräsident Genosse Appich ist am Sonnabend auf längere Zeit beurlaubt worden. Aller Wahrscheinlichkeit nach wird er nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren. Dieser Beurlaubung liegt eine bedauerliche Entgleisung des Polizeipräsidenten zugrunde, der in der Nacht vom 1. zum 2. Mai von zwei seiner Beamten in einem Neuköllner Lokal nach Schluß der Polizeistunde in sehr bedenklichem Zustande angetroffen wurde. Die Beamten erstatteten gegen ihren Chef Anzeige wegen Uebertretung der Polizeistunde und wurden darauf versetzt. (Wir entnehmen diese Angaben der Berliner Presse, da wir auf unsere Anfrage bei den Neuköllner Behörden keine unzweideutige Auskunft erhielten. Man darf aber wohl annehmen, daß sie von der Wahrheit nicht abweicht.)

Die ganze reaktionäre Presse, selbst die „Berl. Morgenpost" stürzt sich natürlich mit Wonnegrunzen auf diese Angelegenheit und versucht daraus Kapital zu schlagen. Diesen Herrschaften möchten wir aber sagen, daß sie absolut keine Veranlassung zu diesen Triumphgesängen haben. Wenn der „Berliner Lokal-Anzeiger" heute morgen schreibt: „Neukölln hat nicht immer Polizeipräsidenten von dieser Art und Gesittung gehabt" und dabei an die Herren Becherer und Glasenapp erinnert, so erlauben wir uns darauf hinzuweisen, daß unter dem alten Regime die Dinge ganz anders lagen. Welcher Polizeibeamte hätte es damals gewagt, ein Lokal zu kontrollieren, in dem höhere Beamte verkehrten. Gerieten aber zufälligerweise einmal einige Beamte in solche Lokale hinein und erwischten sie einen ihrer Vorgesetzten nach der Polizeistunde bei Bier und Wein, so rissen sie die Hacken zusammen und machten schleunigst Kehrt. Und wer es noch nicht weiß, der lasse es sich gesagt sein, daß einer der letzten Berliner Polizeipräsidenten in einem Klub zu verkehren pflegte, der gleich einigen anderen feudalen Gaststätten auf der Liste jener Lokale stand, die unter gar keinen Umständen kontrolliert werden durften. So sah es damals aus und es ist daher gar kein Wunder, wenn zu jener Zeit Polizeipräsidenten und andere Würdenträger nicht beim verbotenen Kneipen erwischt wurden.

Das soll natürlich absolut keine Verteidigung des Neuköllner Polizeipräsidenten sein. Von unseren Parteigenossen in verantwortlicher Stellung erwarten wir, daß sie in ganz besonders hohem Maße von Verantwortungsgefühl durchdrungen sind und sich keinerlei Verstöße gegen die Gesetze zuschulden kommen lassen. Wer diese Charakterfestigkeit nicht besitzt, gehört nicht auf solch einen Posten.

Vom Ministerium des Innern, das die Angelegenheit Appich prüft, erwarten wir, daß es die Untersuchung recht gründlich und ohne jede Vertuschungsabsicht führt, denn nur so kann jede Verächtlichmachung der Partei und der Regierung vermieden werden.

Wirtschaftsbeihilfe für Kriegsgefangene.

Der größte Teil unserer Kriegsgefangenen ist heimgekehrt und kann nach den bestehenden Bestimmungen von Staats wegen mit einer Wirtschaftsbeihilfe unterstützt werden. Die Anträge auf Gewährung einer solchen Beihilfe sind von bedürftigen Kriegsgefangenen spätestens bis zum 20. d. M. bei der Kriegsgefangenenheimkehr, Fürsorgeabteilung, Berlin C 2, Schloßplatz 1, einzureichen; spätere Anträge können nicht berücksichtigt werden. Der „Hilfsausschuß der Stadt Berlin für Gewährung wirtschaftlicher Beihilfen an heimgekehrte Kriegsgefangene" fordert daher alle ehemaligen Kriegsgefangenen auf, diese Frist im eigensten Interesse innezuhalten. Heimgekehrte, die bereits eine Wirtschaftsbeihilfe erhalten haben und von dem ihnen mitgeteilten Einspruchsrecht beim Landeshilfsausschuß der Stadt Berlin keinen Gebrauch gemacht haben, können vom Hilfsausschuß nicht mehr bedacht werden. Diesbezügliche Anträge sind also völlig zwecklos und behindern lediglich die Erledigung der Arbeiten; eine Beantwortung solcher Gesuche kann nach dieser Veröffentlichung nicht mehr stattfinden.

Brand im Fort Teltower Schanze.

Sonnabend wurde die Spandauer Feuerwehr nach dem Fort „Teltower Schanze" alarmiert, das, angefüllt mit Leuchtgranaten, Infanteriemunition, Handgranaten und großen Mengen Kriegsmaterial, brannte. Das Fort glich einem glühenden Krater, aus dessen Fenstern und Luken Leuchtgranaten in allen Farben unter gewaltigen Detonationen ins Gelände flogen und das Herankommen und die Löscharbeiten der Feuerwehr sehr erschwerten. Der 1. Zug unter Leitung des Branddirektors Kreis griff von allen Seiten mit vier Rohren stärksten Kalibers ein und verhinderte zunächst ein Weitergreifen des Feuers auf das angrenzende Gebäude, welches mit erheblichen Mengen Artilleriemunition gefüllt war. Die bereits brennende Grasnarbe wurde schnell gelöscht und damit die größte Gefahr einer Explosion, die für den Stadtteil Stresow von verheerender Wirkung gewesen wäre, beseitigt. Gleichzeitig wurde der 2. Zug alarmiert, der mit einer zweiten Motorspritze die Löscharbeiten wesentlich unterstützte. Erst nach vierstündiger Löscharbeit war die Macht des Feuers gebrochen. In letzter Zeit waren mehrfach Einbrüche in das Fort erfolgt, und da an einem der vergitterten Fenster gestern ein Teil der Eisengitter fehlte, so liegt die Vermutung nahe, daß Einbrecher den Brand verursacht haben.

Oberschlesier!

Zirka 40 000 Oberschlesier in Groß-Berlin sollen auf den Weg zur Abstimmung gebracht werden. Da sich bisher nur ein Teil davon in unsere Listen hat eintragen lassen, säume niemand länger und gebe sofort seine Adresse der Hauptgeschäftsstelle heimattreuer Oberschlesier, Berlin SW. 11, Schöneberger Str. 9, 3 Tr., an.

Die Zentrale wird zwecks Urkundenbeschaffung, freier Reise, Verpflegung und Unterkunft die Ueberweisung an die zuständige Ortsgruppe veranlassen. Ehrenpflicht eines jeden ist es, zur Abstimmung zu fahren, um dadurch sein Teil zur Erhaltung der Heimat an Deutschland beizutragen.

Unser langjähriger Kampfgenosse Emanuel Wurm wurde am Montag zur letzten Ruhe gebracht. Im Krematorium hatten sich eine große Reihe seiner Freunde versammelt. Im Namen des Zentralkomitees der unabhängigen Partei sprach Crispien, Luise Zietz brachte den Abschiedsgruß der Nationalversammlungsfraktion. Von der Berliner Parteiorganisation war Maier erschienen und Mirus stattete den Dank des Konsumvereins ab, während Oberbürgermeister Wermuth die Verdienste des Toten um die Stadt Berlin würdigte.

Schöneberg. Aus der Stadtverordnetenversammlung, deren gestrige Sitzung (siehe Bericht in der heutigen Morgenausgabe) wieder tief in die Nacht hinein dauerte, sei einiges nachgetragen. In Räumen des Arbeitsamts sollen Beamte flotten privaten Lebensmittelhandel bei „nicht zu knappen" Preisen getrieben haben. Das wurde durch eine Anfrage der Unabhängigen zur Sprache gebracht. Der Oberbürgermeister antwortete, die Kriminalpolizei habe schon Angeschuldigte vernommen. Man möge die Untersuchung dem Gericht überlassen und das Ergebnis abwarten. — Die Kosten der Schöneberger Kohlenstelle sind für 1920 auf 800 000 M. geschätzt, einschl. 140 500 M. Beitrag zur Groß-Berliner Kohlenstelle. Der Gesamtbetrag wurde bewilligt als Vorschuß, der später durch Belastung des Kohlenhandels wieder eingebracht werden soll. In der Debatte stimmte den Klagen über zu hohe Kosten der Kohlenstelle Groß-Berlin auch der Magistratsvertreter bei. Er forderte Vereinfachung ihrer Organisation, die jetzt 600 Angestellte braucht. Ein Antrag der Deutschdemokraten wies darauf hin, daß der Kohlenverband Groß-Berlin sich bisher vergeblich bemüht habe, zur Kostendeckung die ungerechtfertigten Zwischengewinne des Kohlenhandels heranzuziehen. Der Magistrat solle beim Reichswirtschaftsministerium vorstellig werden, daß den bezüglichen Eingaben des Kohlenverbandes unbedingt Folge geleistet wird. Diesem Vorgehen sagte der Magistrat Unterstützung zu, und der Antrag wurde angenommen.

Die Kleinhaussiedlung Lindenhof war anfänglich mit 588 Wohnungen für Familien und einem Ledigenheim zu 100 Betten geplant, und die nach dem Preisstande von 1918 veranschlagten Kosten wurden damals mit 14 Millionen Mark bewilligt, wovon der Stadt etwa 8 Millionen durch Baukostenzuschüsse erstattet werden sollten. Der Wohnungsverband bewilligte Zuschüsse nur für 420 Wohnungen und das Ledigenheim. Inzwischen haben aber Materialpreise und Löhne sich so gesteigert, daß selbst dieses Projekt bis zur Vollendung wahrscheinlich 30 Millionen kosten wird. Der Magistrat beantragte Nachbewilligung von 13¼ Millionen. Die Versammlung beschloß aber nach einem von Sozialdemokraten und Deutschdemokraten gemeinsam eingebrachten Antrag die Fertigstellung von 480 Wohnungen und dem Ledigenheim und bewilligte 16 Millionen Mehrkosten, vorbehaltlich der Erstattung durch Zuschüsse des Wohnungsverbandes. — Zur vorläufigen Neuregelung der Bezüge aller Gruppen im Dienste der Stadt wurde nach dem Antrag des Magistrats beschlossen: In Abänderung des Stadtverordnetenbeschlusses vom 28. April werden den Arbeitern die Teuerungsbeihilfen über den Schiedsspruch vom 16. April hinaus, wie in Berlin, erhöht auf 85 M. für Ledige unter 18 Jahren, 100 M. für Ledige über 18 Jahre, 150 M. für Verheiratete, 40 M. für jedes Kind. Die Ergänzungsbestimmungen zum Lohntarif werden, wie im Schiedsspruch vom 26. April, festgesetzt. Den nichtständigen Hilfskräften und Hilfslehrkräften wird, weil der Schlichtungsausschuß noch nicht entschieden hat, der für April gezahlte Vorschuß auch für Mai gezahlt. Beamte, ständige Angestellte und ständige Lehrkräfte erhalten, weil die für Groß-Berlin gemeinsame Gehaltsregelung noch aussteht, Vorschüsse nach dem Vorschlag der Groß-Berliner Zwölferkommission.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Friedrichsfelde. Für fehlende Kartoffeln 400 Gramm Großbrot (a—g).

Johannisthal. 250 Gramm Suppenmehl (616), 125 Gramm Grieß (19), 250 Gramm Marmelade (22). In der Gemeindeverkaufsstelle: Für Kinder 250 Gramm Kartoffelstärkemehl (617), 125 Gramm Kakao (618), 125 Gramm Schokolade (619). Auf Haushaltskarte bezw. für Einzelpersonen 1—5 Dosen ausländische Wurstkonserven (85).

Steglitz. Vom 14. bis 25. Mai je 1 Briefchen Süßstoff.

Berichtigung. Die in unserer gestrigen Abendausgabe irrtümlich unter Hennigsdorf angezeigten Lebensmittel kommen in Hermsdorf zur Verteilung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heute, 11. Mai:

Johannisthal. Mitgliederversammlung im „Waldkater", Stubenrauchstraße. Thema: „Die kommenden Wahlen und die Parteien". Ref.: Genosse Häusler. Gäste haben Zutritt.

Karlshorst. Die irrtümlich für heute angezeigte Versammlung findet Mittwoch, 7½ Uhr bei Huth, Treskow-Allee, statt.

Morgen, 12. Mai:

Pankow. In allen Zahlabendbezirken Sitzung. Thema: „Bevorstehende Reichstagswahlen". Vollzähliges Erscheinen erwünscht.

Rosenthal. 7½ Uhr: Mitgliederversammlung bei Petran, Hauptstraße.

Alt-Glienicke—Falkenberg. 7½ Uhr: Zahlabend bei Meier, Falkenberg. Thema: „Unsere Stellungnahme zur Reichstagswahl". Alle Parteigenossen müssen erscheinen.

Steglitz. 7½ öffentliche Frauenversammlung in der Aula der Oberrealschule, Ettenstraße. Ref.: Genossin Hanna (M. d. P. L.).

Niederschönhausen. 7½ Frauenversammlung im Lokal Wilhelmshof, Kaiser-Wilhelm- Ecke Eichenstraße. Ref.: Genossin Sobotta.

Charlottenburg. 8 Uhr öffentliche Hausangestelltenversammlung im Volkshaus, Rosinenstr. 4. Ref.: Genossin Bohm-Schuch.

Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen. 8 Uhr im Sitzungssaal 245, Stadthaus, Eingang Klosterstraße. Tagesordnung: Fortsetzung der Besprechung des sozialdemokratischen Schulprogramms.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Arbeiter-Radfahrerverein „Groß-Berlin". Himmelfahrt (3 Uhr): Tour nach Köpenick (Schweizergarten). Sonntag früh (6 Uhr): Kalkberge, „Gasthof zur Linde"; nachmittags 1 Uhr: Hirschgarten („Wilhelmshof"). Start: Mariannenplatz. — Touristenverein „Die Naturfreunde" (Ortsgruppe Berlin Ostbahn-Vororte). Donnerstag: Strausberg, Garzau. Ab Schles. Bhf. 6.10. Sonntag: Erkner, Störitzsee. Ab Friedrichstraße 5,20, Schles. Bhf. 5,32.

Sport.

6. Box-Großkampftag. Die Nationale Sportvereinigung bringt am Freitag ihren 6. Box-Großkampftag im Zirkus Busch zur Entscheidung, der wiederum 8 hervorragend besetzte Kämpfe bringt. Als Hauptereignis ist der Revanchekampf zwischen dem hervorragenden italienischen Leichtgewichtsmeister Mariotti und dem deutschen Champion Richard Naujoks zu betrachten. Beide haben in ihrem ersten Zusammentreffen, das durch eine Handverletzung Mariottis kein einwandfreies Resultat ergab, derart hohes Können und technisch feines Boxen gezeigt, daß man der Revanche wirklich mit dem allergrößten Interesse entgegensehen kann. — Von hoher sportlicher Bedeutung ist auch das erstmalige Erscheinen des holländischen Halbschwergewichtsmeisters von 1914 bis 1918 A. Morelis, der keinen Geringeren als unseren kampferprobten und harten Kompa Stein zum Gegner haben wird. — Prenzel und Wiegert werden dann nach ihrem letzten, nicht ganz befriedigend verlaufenen Kampf endlich einmal Klarheit darüber bringen, wer von ihnen der bessere und damit zurzeit überhaupt der beste deutsche Mittelgewichtler ist. — Der Vorverkauf findet täglich an der Zirkuskasse statt.

Wirtschaft

Die freie Privatwirtschaft.

Brutal, aber nicht sozial.

Der Präsident des Hansabundes, Dr. Riesser, machte „anläßlich einer Kundgebung zur Schaffung einer Gewerkschaft der Unternehmer" folgende Ausführungen:

„Furchtbare Zeiten liegen hinter uns, und vielleicht noch schlimmere stehen uns bevor. Aber es wäre ein Fehler, die Schuld daran dem Kriege und der Revolution allein beizumessen. Der Sozialismus in seiner jetzigen Gestalt allein ist unfähig, uns aus dieser schlimmen Lage zu befreien, weil er den Klassenkampf predigt und die Klassendiktatur, die er früher selbst bekämpft hat, jetzt selbst durchführt, weil er selbstschöpferische Ideen nicht besitzt, solche, wo sie sich zeigen, vernichtet, jedenfalls auf solchen nicht aufbaut. Diese Sozialisierung, die die Vergesellschaftung der Produktion hindert, ist eine Utopie. Sie tötet jeden egoistischen Trieb, jeden Erwerbstrieb und jeden Spartrieb, ertötet auch das freie, selbstschaffende, selbstverantwortliche Unternehmertum. Es wird immer von den Verfechtern des Sozialismus behauptet, daß dieser die Produktion vermehre, die Selbstkosten verringere und damit die Rentabilität hebe. Dieses ist aber ein großer Irrtum. Der Präsident der württembergischen Landesversammlung Keil hat öffentlich erklärt, daß, wenn der Bergbau sozialisiert ist, er einen Gewinn für den Staat nicht abwerfen werde. Aber dieser Schritt trage dazu bei, das Vertrauen der Arbeiter in den Sozialismus zu erhöhen. Wir wollen, so fuhr Redner weiter fort, freie Privatwirtschaft, freien Handel, gebunden an die allgemeinen Gesetze des Gemeinwohls."

Im bevorstehenden Wahlkampf haben wir uns vor allem mit den Verfechtern der freien Wirtschaft, den Gegnern einer organisierten Wirtschaft auseinanderzusetzen. Riesser sagt: „Die Sozialisierung tötet jeden egoistischen Trieb. Wir sagen, daß soll sie auch, denn die freie Wirtschaft entwickelt die egoistischen Triebe bis zur äußersten Brutalität und findet eine Hemmung nur an den weitgesteckten Grenzen der Strafgesetze. Die freie Privatwirtschaft bedeutet:

Den rücksichtslosesten Kampf der Kapitalstarken gegen die Schwächeren ohne Pflichten gegen die in ihrer Existenz Entwurzelten.

Das Spielen mit der Existenz der Lohnarbeiter und Angestellten, deren Wohl und Wehe von dem Ausgang der Unternehmerkämpfe abhängt.

Die Vernichtung der ehrlichen Arbeit für Qualitätsware und das Blühen des Warenschwindels, die bewußte und raffinierte Täuschung der Verbraucher.

Die Ausbeutung der Massen bei Warenknappheit, spekulative Zurückhaltung der Waren, Schieber- und Wuchertum.

Die Verschwendung von Material für Luxuswaren, weil es dort den höchsten Ertrag bringt und Entziehung dieses Materials für die Befriedigung der Bedürfnisse der breiten Volksmassen. Freie Wirtschaft in einem Klassenstaat, in dem die Klasse der Kapitalisten und die Klasse der Kapitallosen besteht, bedeutet Kampf der Heugabeln gegen Kanonen, bedeutet Wettlauf zwischen Fußgängern und Autofahrern. Die freie Wirtschaft ist die Wirtschaft der Brutalität, der Kapitalstarken gegen die Kapitalschwachen und Kapitallosen, Sozialismus die Wirtschaft der gebändigten egoistischen Triebe, der sozialen Gerechtigkeit, des Wettstreites der Tüchtigen und Tüchtigsten mit ihren geistigen Waffen und Können in gleich hohen Fechterstellungen, der restlosen Entwicklung aller Volkskräfte.

Textil-Notstandsversorgung. Seit Monaten besteht eine vom Reichswirtschaftsministerium ins Leben gerufene Textil-Notstandsversorgung. Diese liefert Arbeitskleidung, Wäsche und Unterkunftsbedarf an lebenswichtige Betriebe zur Abgabe an deren Arbeiterschaft in dem durch den Warenmangel begrenzten Umfange. Bedarfsanmeldungen sind von den Betriebsunternehmern an die Textil-Notstandsversorgung G. m. b. H., Abt. H., Berlin, Unter den Linden 46, zu richten.

Wo bleibt der deutsche Trust? Englisches Interesse für eine deutsche Margarinefabrik. Es schweben Verhandlungen zwischen dem van den Berghschen Konzern und den Delmenhorster Margarinewerken Hermann Petersen, Kommanditgesellschaft auf Aktien, zwecks Ankaufs der letztgenannten Werke. Die Verhandlungen sollen noch in dieser Woche zum Abschluß führen. Die van den Berghsche Limited ist ein Londoner Unternehmen, das immer schon an holländischen und deutschen Gesellschaften beteiligt war.

Grubenholz für Oberschlesien. Eine Prüfung, die im Januar d. J. vorgenommen wurde, hat ergeben, daß damals noch 2,5 Millionen Festmeter Grubenholz (d. i. zirka 60 Proz. eines gesamten Jahresbedarfs) in den Händen der Grubenholzhändler waren. Eine unmittelbare Grubenholznot konnte also nicht anerkannt werden. Das Ergebnis ist der Grubenholzbeschaffungsstelle für Oberschlesien bekannt gegeben. Im Laufe dieses Jahres sollen weitere Grubenholzmengen durch besondere Grubenholzhiebe beschafft und rechtzeitig zum Verkauf gestellt werden.

Gewerkschaftsbewegung

Der Streik in der Binnenschiffahrt.

Die Lage im Ausstande der Binnenschiffer ist unverändert. Der Streik ist ziemlich vollständig und erstreckt sich auf das ganze Stromgebiet der Oder, Elbe und der märkischen Wasserstraßen. Eine Konferenz, die Oberbürgermeister Wermuth zu gestern, Montag nachmittag, nach dem Berliner Rathaus einberufen hatte und an der ausschließlich Vertreter von Arbeitnehmerorganisationen teilnahmen, ist völlig resultatlos verlaufen. Die nur kurze Besprechung ergab keinerlei Aussichten für eine Erfolg verheißende Vermittlungsaktion. Da die Arbeitgeber nach wie vor einen ablehnenden Standpunkt einnehmen, dürfte es nicht leicht sein, eine Verständigung herbeizuführen.

Zur Bewegung der Bankangestellten.

Wie aus Frankfurt a. M. gedrahtet wird, beschloß der Groß-Ausschuß der Bankangestellten Frankfurts gestern abend, zwar nicht selbst in den Streik zu treten, die Streikenden in Deutschland aber durch finanzielle Hilfe zu unterstützen und eventuell durch aktives Eingreifen noch stärker die tätige Solidarität zum Ausdruck zu bringen. Jede Streikarbeit wird abgelehnt.

Ein Feind der Organisation. Mit der Firma Dr. E. F. Huth, Wilhelmstr. 180/82, mußte sich die Oeffentlichkeit schon öfters beschäftigen. Bekanntlich faßt diese Firma ihre Pflichten, die ihr aus dem Betriebsrätegesetz erwachsen, recht eigenartig auf. Jeder Arbeiter oder Angestellte, der die Vermessenheit besitzt, das Amt eines Betriebsrates annehmen zu wollen, begibt sich in die Gefahr, in allerkürzester Frist von der Firma fristlos entlassen zu werden. Deshalb darf es auch nicht verwundern, wenn diese Firma die gesetzlich anerkannten Organisationen der Angestellten brüskiert. So hat es die Firma fertiggebracht, dem Bund der technischen Angestellten und Beamten mitzuteilen, daß sie es ablehnt, mit ihm in irgendwelche Verhandlungen einzutreten, da diese Organisation „subjektiv oder objektiv und ohne die geringste sachliche Prüfung Anwürfe" erhebt. Sie bringt es sogar fertig, Briefe im Original urschriftlich an die Angestelltenorganisation zurückzusenden, mit Randbemerkungen im Stile Wilhelms II. Den Angestellten, die sich mit der Absicht tragen, in diese Firma einzutreten, können wir nur Jagows Worte zurufen: „Wir warnen Neugierige."

In der ordentlichen Generalversammlung der Zahlstelle Berlin des Verbandes der Schuhmacher, die am Montag abend in Böttchers Festsälen stattfand, wurde zunächst der Kassenbericht für das 1. Quartal 1920 erstattet. Die Abrechnung der Lokalkasse schließt mit einer Einnahme und Ausgabe von 50 277,02 M. ab, die Zentralkasse mit 69 978,85 M. — Im Geschäftsbericht hob Stockmann hervor, daß nach einer guten Konjunktur im ersten Quartal auf dem Leder- und Schuhmarkte eine Depression eingetreten ist, die ungünstig auf die in der Schuhindustrie beschäftigten Arbeitskollegen einwirkt. Der neue Reichstarif, der den Erwartungen nicht entspricht, wurde noch einer lebhaften Debatte von der Versammlung angenommen. Das Lohnabkommen tritt vom 1. Mai ab in Kraft, die 8prozentigen Zuschläge werden dagegen vom 15. April ab nachbezahlt. Mehrere Anträge verlangten die Schlichtungskommission anzurufen, um die Grundlöhne zu erreichen. Die Anträge wurden angenommen und die Versammlung beauftragt, die notwendigen Schritte zu unternehmen.

Ueber die Verhandlungen des Nürnberger Verbandstages gab Matting einen ausführlichen Bericht. Die Diskussion über den Bericht, die Wahlen in die Bezirksleitung und der Antrag Weiß betreffs Aufhebung des „Vorwärts"-Boykotts wurden vertagt für eine neue Generalversammlung, die für Beginn der nächsten Woche anberaumt wird.

Zentralverband der Angestellten. Fachgruppen I und III (Angestellte bei Behörden und Heeresbetrieben). Freitag, 14. d. M., abends 7 Uhr, im Böhmischen Brauhause, Landsberger Allee 11/13, Mitgliederversammlung. Tagesordnung: Die Angestellten bei Behörden und die Demokratisierung der Verwaltung. Referent: Kollege Bauer. Der Reichstarif. Referent: Kollege Hausherr. Mitgliedsbuch legitimiert.

Deutscher Werkmeisterverband. Fachgruppe 11, Schokoladen- und Zuckerwarenindustrie. Versammlung Mittwoch, den 12. d. M., abends 7 Uhr, in Landrés Weißbierstuben, Stralauer Str. 3.

Aus aller Welt.

Eisenbahnunglück am Rhein. Montag nachmittag entgleisten vom Personenzug 1283 der Strecke Koblenz—Köln bei der Einfahrt in den Bahnhof Godesberg der Packwagen und zwei Personenwagen, von denen ein Wagen 4. Klasse umstürzte. Zwölf Reisende wurden durch leichte Quetschungen und Hautabschürfungen unerheblich verletzt. Der Materialschaden ist unbedeutend. Das Gleise Koblenz—Köln war bei Godesberg für etwa fünf Stunden gesperrt. Der Zugverkehr wurde eingleisig aufrechterhalten.

Kampf mit einem Verbrecher. Gestern früh sollte der vor kurzem aus dem Offenbacher Arresthaus ausgebrochene, vielfach vorbestrafte Hans Möllinger in seiner Wohnung bei Offenbach verhaftet werden. Er setzte sich zur Wehr, warf mit Handgranaten und tötete dabei einen Kriminalwachtmeister. Mehrere Schutzleute wurden schwer verletzt. Möllinger selbst wurde durch den Schuß eines Beamten getötet.

Verurteilte Eisenbahndiebe. Die Strafkammer in Frankfurt a. M. verurteilte sechs frühere Eisenbahnbedienstete aus Mörfelden, die für 40 000 M. Waren, vornehmlich Zigarren, aus dem Eisenbahnbetrieb gestohlen bzw. gehehlt hatten, zu Gefängnisstrafen von 1 bis 6 Monaten.

Schwer bestrafter Wucher. Aus der Pfalz wird gemeldet: In Kaiserslautern hatte sich der Direktor Heinrich Jänisch von der Aktiengesellschaft Brauerei H. Jänisch vor dem Wuchergericht wegen umfangreichen Schleichhandels in Gerste zu verantworten. Jänisch hat durch Valutaspekulationen sein ganzes persönliches Vermögen verloren. Der Bestand der Brauerei wird dadurch nicht berührt. Die Verluste Jänisch' werden auf 6 Millionen Mark angegeben. Das Urteil lautete auf 1 Jahr 6 Monate Gefängnis und 150 000 M. Geldstrafe oder ein weiteres Jahr Gefängnis.

Ein Stempelfälscher gefaßt? Unter dem Verdacht, falsche Stempel auf die deutschösterreichischen Eintausend- und Zehntausendkronennoten aufgedruckt zu haben, wurde der Chemiker und Fabrikant Heinrich Hauser mit mehreren Komplizen verhaftet.

Chinesische Schieber in Saarbrücken. Mit dem übrigen Völkersammelsurium sind auch zahlreiche Söhne des Himmlischen Reiches in das Saargebiet gekommen. Zwei von diesen chinesischen Händlern, die in Privathäusern und Gastwirtschaften chinesische Taschentücher, Spitzen und Stickereien feilbieten, waren von der westlichen Schieberkultur schon derart beleckt, daß die Polizei sich ihrer angelegentlichst annehmen mußte.

Tod durch Ertrinken. Am Donnerstagnachmittag ertrank beim Baden im Genfer See der Arzt und Volkswirtschaftler Dr. Th. Fritzen aus München. Er war während der Münchener Räterepublik Finanzminister.

Verantw. für den redaktion. Teil: Artur Zickler, Charlottenburg; für Anzeigen: Th. Glocke, Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Buchdruckerei u. Verlagsanstalt Paul Singer u. Co. Berlin, Lindenstr. 3.

Gewinn-Auszug
der
15. Preuß.-Südd. (241. Preuß.) Klassen-Lotterie

5. Klasse. 3. Ziehungstag. 10. Mai 1920.

Auf jede gezogene Nummer sind zwei gleich hohe Gewinne gefallen, und zwar je einer auf die Lose gleicher Nummer in den beiden Abteilungen I und II

(Ohne Gewähr). (Nachdruck verboten.)

In der Vormittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 10000 M 134061 207379
2 Gewinne zu 5000 M 41879 174203 217801 228979
44 Gewinne zu 3000 M 2265 6095 16253 18510 23048 35729 38221 44210 46546 49126 53231 64474 69282 91935 93883 108479 112252 125573 127939 129341 132083 139181 160191 157907 158172 167630 168022 168515 177902 179331 184508 193414 200712 211085 218972 221414 223063
122 Gewinne zu 1000 M 5761 6465 9345 16050 17936 18223 19527 19958 24909 24950 30932 31247 31259 31830 32893 36355 37191 39110 39673 45552 46312 52077 52307 63452 66766 61003 68287 70252 73243 79169 79874 84118 90533 94462 97831 99274 99950 128743 147337 156306 157201 163441 163501 165836 172542 172969 178244 178494 180768 189065 183099 195179 195959 199023 198564 219181 222211 225207 230789 231657 233413
220 Gewinne zu 500 M 2413 4283 6606 7963 10033 19082 19131 20394 22365 22355 22898 24137 25908 26380 27948 30514 30588 34632 41776 48169 46631 47385 48782 49595 53066 53340 57201 67293 60269 64253 69546 72366 73580 74064 78548 80010 83757 87105 88304 89907 92227 92943 93288 93938 99565 103602 112183 112345 112537 114589 115783 115822 117843 118933 123570 128009 129568 133296 134930 135778 138438 139236 145320 146785 150843 151351 151450 153522 155943 158257 162371 164805 165965 136090 168584 168664 172046 178424 176782 176927 177836 175878 182748 183510 181177 189724 190034 191066 193358 194058 197181 198021 200725 200890 203070 203026 208144 209570 212750 213408 216542 218101 220109 220765 222033 224592 224647 224588 227903 232185

In der Nachmittagsziehung wurden Gewinne über 240 Mark gezogen.

4 Gewinne zu 30000 M 46954 181509
4 Gewinne zu 5000 M 48193 93358
88 Gewinne zu 3000 M 7014 13938 18994 22058 30805 53658 55416 72574 76253 78972 85998 90380 95438 102491 104557 108604 110036 115994 116368 118319 124587 127685 135004 143318 150436 172756 174344 174868 176382 178060 183570 188574 189174 193418 196877 197538 199012 201081 207019 209588 210341 218279 231396 232193
130 Gewinne zu 1000 M 1614 8565 20553 37085 41788 42743 47025 47422 50738 55857 62001 67095 68373 70872 72337 78303 83912 87472 90637 95543 97071 98431 114024 115346 117462 122782 123768 124584 129354 129470 132704 133454 136913 138603 146924 150964 153259 154587 160073 158765 163459 171503 173446 174516 179833 184197 186171 197597 200867 206600 208471 210548 212209 212270 213137 213640 220176 223353 227116 227916 228578 229563 230383 232237 233293
208 Gewinne zu 500 M 24 5270 11005 12851 17339 19908 21222 25350 25906 29752 31129 33481 34355 34766 36008 37115 38585 45190 46722 51964 52937 53157 53627 54858 58430 60459 60968 64363 67955 68515 69248 69650 72388 74313 75295 78655 79922 82129 88198 95621 97250 99193 99490 101619 101507 104908 106638 107243 107447 110638 115083 116236 117641 118299 113610 127382 127522 127944 129059 129537 130723 135414 137039 140047 141221 143239 144108 145719 147542 150431 156668 166266 170007 172244 172624 176880 180070 182905 182961 184419 185581 187337 188564 189849 191036 192708 195710 195782 207724 204486 209759 212480 212908 213554 213395 215441 216687 217358 220271 221934 225364 226170 229539

Pianos Stutzflügel, Harmonien jeder Holz- u. Stilart, Kunstspielapparate, Notenrollen. Gebrauchte Instrumente, in eigener Reparaturwerkstatt wie neu hergestellt, unter voller Garantie. Verkauf nur gegen Kasse, daher billigste Preisberechnung. Annahme von Aufarbeitungen, Reparaturen und Stimmungen.
Max Adam, Münzstraße 16.

Elektro-Motore Leitungs-Dynamo-Drähte, Installat.-Material kauft laufend Elektromech.-Zentrum. (Alex. 4782). Kurze Str. 18 (Alex.-Pl.).

Hebamme. Vertrauensvolle Auskunft. Preuß, Brunnenstr. 78.

Metallankaufsstelle Osten
Andreasstr. 33, — vis-a-vis der Markthalle — zahlt die höchsten Tagespreise für
Kupfer, Messing, Blei, Zink usw.

Pianos, Flügel, Harmoniums, Kunstspielpianos, Spielapparate, für jedes Harmonium passend. Piano-Magazin
A. Lehmann & Co., Inh.: Gunlenberg, Leipziger Str. 115/116, Gr. Frankfurter Str. 106.

Baustellen für Eigenheim. Wer sich rechtzeitig ein Eigenheim gründen will, kaufe sich Baustellen an der Grenze von Mariendorf, Neukölln, Tempelhof und Britz. Geeignet für Gemüse-, Obst- u. Kartoffelbau. Bequeme Anzahlungsbedingungen. — Näheres: Mariendorfer Grundst.-Ges. m. b. H. i. Liqu., Berlin, Mauerstr. 2. Telephon: Zentrum 4848.

Verkäufe

Jackettanzüge, Cutaways, Paletots, Hosen, Kostüme, Mäntel verkauft enorm billig. Leihhaus Moritzplatz 58a.

Wandlitz, Quadratrute 20 Mark, 100 Mark Anzahlung. Hüllen, Steglitz, Plonollestraße 11, Fernsprecher Steglitz 2894.

Anzüge und Paletots verkauft zu sehr billigen Preisen Zentral-Leihhaus Jägerstraße 71. 1867D*

Bessere Anzüge fertig und nach Maß spottbillig, in eigener Werkstatt gearbeitet. Roß, Wilhelmstraße 40a. Kochstraßenecke. 180R

Kreuzfüchse! sowie alle anderen Pelzarten zu staunenerregend spottbilligen Sommerpreisen! Alpakatoschen! Schmucksachen! Pelzwarengelegenheitskäufe Warschauerstraße 7.

Hermannplatz 6. Massenauswahl! Pelzsachen! Herrengarderobe! Goldsachen. Betenverkauf.

Covercoatjacken 68,50, 92,50, 145,—. Seidenjacken, Frühjahrsmäntel 72,50, Seidenmäntel, Modellkostüme 125,—. Kallweit, Charlottenburg, Bismarckstraße 59 II. 1644D

Nähmaschinen zu verkaufen. Teilzahlung gestattet. Hahn, Prenzlauerstraße 20. 44/19*

Kochmaschine, große und kleine, billig. Pappelallee 9.*

Wasser in jeden Garten und Haus schafft billigst nur Köchlin u. Co., Berlin 68, Alte Jakobstraße 20-22. 165R

Linienstraße 203/4, Ecke Rosenthalerstraße 1 Treppe. Kreuzfüchse, Muskatfüchse, Rotfüchse und alle anderen Pelzarten, Taschenuhren, Brillanten, Schmucksachen, Silberwaren, enorm billig.*

Elegante Herren- und Damenstiefel, besonders preiswert, da kein Laden, Mariannenstr. 14, 1. Etage. 43/9

Geschäftsverkäufe

Plätterei sofort zu verkaufen, ohne Wohnungstausch. Schöneberg, Siegfriedstr. 1a.

Möbel

Möbelangebot, komplette Wohnungs-Einrichtungen, Schlafzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, farbige Küchen, einzelne Möbelstücke liefert preiswert Möbelhaus Luisenstadt, Köpenickerstraße 77/78, Ecke Brückenstraße, nahe Jannowitzbrücke. 130R*

Chaiselongues, 150—600, Metallbetten 250—2000, weiße Schlafzimmer, Kleiderschränke. Meicke, Auguststr. 22a, Quergebäude.

Umbauplüschsofas 1175,—, Metallbetten 150,—, Auflagematratzen, Patentmatratzen 175,—. Tapezierer Walter, Stargarderstraße 18. 136R

Moebel-Boebel, Moritzplatz (Oranienstraße) 58. Fabrikgebäude. Denkbar niedrigste Preise. Reichhaltige Auswahl. Nußbaum-Wohnzimmer 1450—7500, Schlafzimmer 1850—18 000, Speisezimmer 4800—19 000, Herrenzimmer 2500—13 000, Küchen 775—3500. Besichtigung erbeten. Eventuell Zahlungserleichterung.

Möbel-Groß, Große Frankfurterstraße 141, Invalidenstraße 5. Auf bar und Kredit finden Sie in großer Auswahl 1- und 2-Stubeneinrichtungen. Herren-, Speise-, Schlafzimmer, auch einzelne Möbel zu wirklich billigen Preisen. Leichte Zahlungsbedingungen. Liefere auch auswärts. 125R*

Möbel (Stube und Küche) verkauft Maaß, Bergmannstraße 97. 1136b*

Musikinstrumente

Pianos, Stutzflügel, Harmoniums, gebrauchte und neue Instrumente, Reparaturen und Stimmungen. Max Adam, Münzstraße 16. 129R

Einzelspiele Mandolinen, Violinen, Gitarren, Lauten, äußerst billig. (Unterricht 20.— Monatshonorar, Dreimonatskurse zur perfekten Ausbildung.) Mund- und Handharmonikas usw., gebrauchte Klaviere, Harmoniums verkauft Berger u. Co., Oranienstr. 165. 126R

Piano 5000,—, Tafelklavier nußbaum 1500,—, schwarz 1500,—. Preiswerte neue und guterhaltene Pianos verkauft Pianohaus Max Becker, Andreasstraße 47. 121R

Pianos, großes Lager neuer und gebrauchter Instrumente. Scherer, Chausseestraße 105.

Vierling-Pianos, neue, gute gespielte, wohlfeile Gelegenheiten. Kottbuserstr. 5. 75R*

Fahrräder

Fahrräder, gebrauchte, Riesenauswahl. Schlawe, Weinmeisterstraße 4.*

Motorrad, auch Fahrradgummi, billig. Kraus, Große Frankfurterstraße 52. 43/7

Straßenrenner, Holzfelgen, Schlauchreifen billig. Kraus, Große Frankfurterstr. 52. 45/6

Kaufgesuche

Höchstzahlend Kupfer, Messing, Zinn, Grubenkontor, Weißenburgerstraße 59a. 163R*

Schnellaufbohrer, Werkzeugbohrer, Schmirgelleinen mit höchstem Aufschlag kauft Einkaufsbüro, Prinzenstraße 18, Fabrikgebäude 1.*

Spiralbohrer mit höchstem Aufschlag kauft Boek, Luisenufer 15.*

Platin, Gebisse, einzelne Zähne, Kupfer, Messing, Blei, Zink, Zinn höchstzahlend, Zentrale für Altmetall, Elsasserstraße 78. 165R*

Bosch-Magnete, Zündkerzen, Spiralbohrer, Schmirgelleinen, Feilen, Holz-, Schloß-, Maschinenschrauben usw. kauft zu konkurrenzlosen Preisen Anders, Große Frankfurterstraße 101. 166R

Spiralbohrer sowie sämtliche Werkzeuge kauft zu konkurrenzlosen Preisen Willn, Berlin, Turmstraße 19. 106R

Spiralbohrer mit höchstem Aufschlag kauft Boek, Lübeckerstraße 38.*

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Brunnenstraße 11 (am Rosenthalerplatz); 2.) Fennstraße 48 (am Weddingplatz); 3.) Beusselstraße 29. 162R

Silberschmelze Christionat, Köpenickerstraße 29a (gegenüber Manteuffelstraße) kauft höchstzahlend: Zahngebisse, Platinabfälle, Goldsachen, Silbersachen, Quecksilber, Kupfer, Messing, Zinn, sämtliche Metalle.*

Kaufe höchstzahlend Platin-, Gold-, Silber-Sachen, Kupfer, Messing, Papier. Artilleriestraße 16.*

Kupfer! Messing! Zinn! Stanniol! sämtliche Altmetalle! Quecksilber! Platin-, Gold-, Silber-Abfälle! Zahngebisse kauft zu Schmelzpreisen in unseren 3 Einkaufsstellen „Metall-Zentrale" 1.) Bahnhofstraße 2 (Ecke Schönebergerstraße, am Anhalter Bahnhof); 2.) Weidenweg 72 (am Baltenplatz); 3.) Neukölln, Kaiser-Friedrich-Platz. 167R

Spiralbohrer, Werkzeuge kauft laufend jeden Posten. Schröder, Prinzenstraße 66.*

Zahngebisse, Platin, Goldbruch, Silberbruch, Edelsteine, Schmucksachen kauft Edelmetallschmelze, Blumenstraße 88.*

Platinabfälle! Zahngebisse! Zahn bis M. 75.—! Goldsachen! Silbersachen! salpetersaures Silber! Quecksilber! Kupfer! Rotguß! Messing! Aluminium! Nickel! Zinn! Weißmetall! Stanniolpapier! Zink! Blei! Glühstrumpfasche M. 100.—, höchstzahlend! Edelmetall-Einkaufsbureau, Weberstraße 31 (Alexander 4263). 146R

Elektr. Leitungsdrähte, Kabel, Eisen, Dynamodrähte, Kleinmaterial, Fassungen, Schalter usw. kauft zu den höchsten Tagespreisen Bartelt, Blumenstraße 90, Bahnhof Jannowitzbrücke. Fernspr.: Königstadt 2018. 163R*

Achtung! Ausschreiben! Zahle für alte Gebisse über die höchsten Tagespreise, Zahn bis 400 Mark, gewöhnlicher Zahn nicht unter 3.50 Mark, Knopfzahn 5.50, Platin kauft Urban, Kottbuserufer 63 (an der Admiralbrücke) 9—12, 2—7, Sonnabend geschlossen. Bei Ankauf Fahrgeld. 45/8

Unterricht

Mustergültiges Deutschsprechen, schreiben lehrt Erwachsene abends erfahrener Sprachlehrer. „Postlagerkarte 463", Briefpostamt C. 2.*

Englischen Unterricht für Anfänger und Fortgeschrittene, sowie deutsche und französische Stunden erteilt E. Swienta, Charlottenburg, Stuttgarterplatz 9, Gartenhaus IV.

Elektrotechnik: Kanbehn, Friedrichstraße 21. 44/17

Gefunden und verloren

Dobermann 3. Mai entlaufen, Waldmann, schwarz, kupiert, Ohren lang, Füße, Schnauze gelb, Tornister mit Messingring als Halsband. Wiederbringer oder Nachweis hohe Belohnung. Häckel, Gastwirt, Müllerstraße 50a. 450

Verschiedenes

Kunststopferei Große Frankfurter Straße 67. 68R*

Kostenlose Rechtsberatung! Spezialist: Ehesachen, Strafsachen! Gerichtsvertretung! Neukölln, Berlinerstraße 105 (Hermannplatz).*